

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. November.

11 Uhr. Am Ministertisch Bitter, v. Kamels, Graf zu Sulenburg, v. Buttlamer, Friedberg, v. Bötticher. Die Tribünen sind wiederum überfüllt. Die Verhandlung über die Interpellation des Abg. Hänel wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Zunächst liegt mir als Vertreter Breslaus die Pflicht ob, den Magistrat dieser Stadt gegen den Angriff des Abg. Reichensperger in Schutz zu nehmen, als habe er das Petitionsrecht verlehrt, indem er die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer beantragte, dem weiter nichts zur Last falle, als daß er die bekannte Petition unterschrieben. U. S., das ist nicht richtig. Der Angriff gegen den Lehrer Dr. Fechner ist nicht erfolgt, weil er die bewußte Petition, sondern weil er ein Agitations-schreiben unterschrieben hat, in welchem zur Unterzeichnung der Petition aufgefordert wird. (Heiterkeit rechts.) Ich hoffe, Sie werden den Unterschied anerkennen. (Rufe: Nein!) Dann haben Sie Ihre Ansichten im Laufe der Jahre geändert; in dem bekannten Fall des Hamburger Postsecretärs, der von Hamburg nach St. Gallen verlegt wurde, haben Sie das geltend gemacht. (Rufe: Im Abgeordnetenhause?) Im Reichstage; aber Sie werden die Identität der Parteibestrebungen beider Körperschaften nicht ganz in Abrede stellen. Damals wurde behauptet, jener Postsecretär sei nicht verlegt worden, weil er eine Petition unterschrieben, sondern weil er anderweitig agitirt hat. Fechner ist am Johannes-Gymnasium in Breslau angeheftet, einer Anstalt, welche die Stadt als ein Monument des in ihr herrschenden Geistes der Toleranz errichtet hat. (Heiterkeit im Centrum.)

Ihre Eröffnung verzögerte sich Jahre lang, weil der Magistrat in Breslau unter Zustimmung der ganzen Bevölkerung und unter Fühung eines Mannes, der auch vorgeführt sein für seine tolerante Behaltung ablegte, sich geweigert hat, diese Anstalt auf rein confessionelle Grundlage zu stellen. Es ist das Recht der jüdischen Lehrer auf Anstellung an diesem Gymnasium in ganz besonderer Weise in den Vordergrund gestellt worden und man war wohl berechtigt, anzunehmen, daß ein Lehrer, der sich um Anstellung an dieser Anstalt beworben, von denselben Grundsätzen beseelt sei, welche diese Anstalt ins Leben gerufen haben. Daher die lebhafteste Aufregung in der Bürgerchaft und die Erwiderung des Magistrats mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er das Petitionsrecht selbst nicht antasten wolle, daß er die Ausübung desselben durch den Lehrer F. nicht in Frage stelle, daß aber die Sache sich anders stelle, sofern ihm ein ostentatives öffentliches Auftreten zur Last falle. Die Entscheidung darüber liegt dem Schulcollegium ob und es wird dem Lehrer also nichts Unrechtes geschehen, wenn das Schulcollegium von der Ansicht ausgeht, daß er nur von seinem Petitionsrecht Gebrauch gemacht habe. Zugleich verwahre ich mich und meine Freunde gegen den Vorwurf, daß überhaupt in der Einbringung unserer Interpellation ein Angriff auf das Petitionsrecht liege. Wir hätten allerdings kein Recht dazu gehabt und die Sache unterlassen, wenn nichts weiter vorläge, als eine mit erlaubten Mitteln im Lande verbreitete, der Regierung vorzulegende Petition. Aber man muß den Eindruck haben, als ginge sie nicht lediglich aus den Kreisen einzelner Privatleute hervor.

Aus dem Ueberlegungsschreiben geht hervor, daß die Exemplare der Petition an alle Landratsämter, Superintendenturen und andere amtliche Stellen versendet werden sollen. Das ist eine Uebereinstimmung mit den Wünschen der Staatsregierung voraus, welche dieselbe mit Entschiedenheit zurückweisen Ursache hatte, damit die Verbreitung der Petition durch die Landratsämter nicht als von oben zugelassen erscheine. Aber das Gegenstück ist gegeben. Der Redacteur des amtlichen Kreisblattes in Langensalza, der betreffende Kreissecretär, hat die Petition mit der Bemerkung abgedruckt, sie sei so überaus maßvoll und verständig, daß wohl Niemand sich weigern werde ihr beizutreten. Noch andere Beispiele könnten dafür angeführt werden, daß die Behörden einer Störung des religiösen Friedens in der Öffentlichkeit nicht immer so entgegengetreten, wie es hätte geschehen sollen. Ein Vierteljahr lang wurden unangenehm an den Anschlagtafeln in Berlin Plakate angebracht, welche die Behörden zu verbieten berechtigt, vielleicht sogar auf Grund des Pressgesetzes verpflichtet war, weil sie zweifellos auf eine Störung des öffentlichen Friedens gerichtet waren oder sie im Gefolge haben konnten.

In der Controverse darüber, ob es sich hier um eine confessionelle oder eine Massenfrage handle, halte ich mich an die wohlwollendste Auffassung des Problems, daß eine Entnationalisierung der Deutschen durch den wachsenden Einfluß und die ständige Vermehrung der Juden zu befürchten sei. Herr Bischof hat den letzteren Punkt bereits auf Grund der bis 1871 reichenden, aus amtlichen Quellen geschöpften Statistik des Dr. Neumann beleuchtet. Wenn ihm weiteres Material vorliegen wird, dann wird er seine Untersuchungen vervollständigen und ich bin überzeugt, daß dem Wunsch nach einer Statistik des Judenthums Genüge geschehen soll. Dr. Neumann, der ein hervorragendes Werk über die Bevölkerungszahl in Berlin geschrieben hat und von den amtlichen Statistikern durchaus als gleichberechtigt anerkannt wird, kommt zu folgenden Resultaten: 1) die Einwanderung von Juden hat in keinem früheren Procentfalle stattgefunden, als die von Christen; 2) die Auswanderung von Juden hat in gewissen Zeiträumen sogar die von Christen überstiegen; 3) die Einwanderung über die Dignität des Staates ist schwächer als die über die Westgrenze und sehr viel schwächer als die über die Nordgrenze. Wenn selbst die über die Dignität Einwandernden nur Juden und keine slavischen Elemente darunter gewesen wären, so wären doch immer noch weniger Juden nach Deutschland eingewandert als Holländer oder Scandinavier. Eine starke Vermehrung der Juden durch Einwanderung ist überhaupt nicht, ihr Anwachsen durch längere Lebensdauer ist nur in geringem Maße festgestellt. Ermittelt werden konnte nur, daß jetzt vielleicht im Deutschen Reich etwa 100,000 Juden mehr als vor 50 Jahren leben. Die Aufforderung, daß sie Deutsche werden sollen, hat diejenigen unter ihnen, die inmitten der höheren Klassen der Gesellschaft lebend, sich um Richter, um Gehälter bewerben und in Handel und Wissenschaft eine hervorragende Stellung einnehmen, tief verlegen müssen: sie erklären, ehrlich überzeugt zu sein, von jeder gute Deutsche gewesen zu sein und sich als solche bewährt zu haben.

Herr von Heydebrand folgt darauf, daß die Mitglieder jüdischen Glaubens, die in dieses Haus oder in den Reichstag gewählt sind, auf der linken Seite Platz nehmen, daß sie mit den staatl. Zuständen noch immer nicht versöhnt seien. Ich bestreite diese Folgerung durchaus (Sehr wahr! links), jede vielmehr gerade ein Zeichen der Zufriedenheit, der Anerkennung für die Gesetzgebung, die wesentlich unter unserer Mithilfe zu Stande gekommen sind. (Lachen rechts.) Sie finden auf liberaler Seite die volle und ungeheilte Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Confessionen, an dem von der anderen Seite mehr oder weniger gerüttelt wird, so daß er geradezu als ein Kriterium der Unterscheidung zwischen liberal und conservativ betrachtet werden kann. Wenn uns die „Schlesische Zeitung“ angeführt worden ist als ein Beweis für das Gegenstück, so hat Herr Reichensperger nicht allein darin Unrecht, daß die „Schlesische Zeitung“ ein liberales Blatt sei, sondern auch darin, daß sie sich so nennt. Die „Schlesische Zeitung“ hat wiederholt und noch in den letzten Tagen Veranlassung genommen, ihren Standpunkt genau zu präzisiren: sie hat gesagt, daß sie unabhängig sei von jeder Parteistromung, von jeder Parteiorganisation. Tatsächlich hat sich aber die Sache so gestaltet, daß sie seit einer ganzen Reihe von Jahren bei allen Wahlen die liberale Partei bekämpft hat. (Sehr richtig!) Ein Zeichen der nicht vollzogenen Ausgleichung zwischen dem jüdischen und germanischen Element soll es sein, daß die Juden keine schwere Arbeit thun, daß sie nicht Handwerker werden wollen. Aber gerade das wird von einsichtigen Juden am meisten bedauert, gerade sie wünschen, daß die Juden sich an schwerer Arbeit beteiligen und Hammer und Hobel führen lernen sollen. Wie ist das aber möglich, wenn man ihnen nicht entgegenkommt, wenn ein christlicher Meister sich weigert, einen jüdischen Knaben als Lehrling anzunehmen? Man kann doch nicht beides zugleich verlangen, von den Juden, daß sie Handwerker werden

sollen, und zugleich von den Christen, daß sie die jüdischen Lehrlinge zurückweilen.

Die auf conservativer Seite ausgegebene Parole: „wählt keinen Juden! haltet euch von den Juden fern!“ vergrößert nur die Spaltung und macht die von den Juden verlangte Ausgleichung, deren Mangel ihnen vorgeworfen wird, unmöglich. Aus einem Schreiben der „alliance israelite“ hat Herr v. Heydebrand den Passus verlesen, das Judentum fange an eine Macht zu werden. Hält er sie wirklich für eine politische Organisation? U. S., sie ist nichts als ein großer Wohlthätigkeitsverein (Widerspruch rechts), eine Geldsammlung für die Juden in der Türkei und im Orient in erster Linie zur Begründung von Schulen, zunächst von Ackerbauschulen, und Cremieur Wort, das Judentum fange an eine Macht zu werden, kann unter den obwaltenden Umständen offenbar nichts weiter sein als eine wohlgemeinte Bräse. (Heiterkeit rechts.) In dem Schreiben des Vorstandes ist gesagt, „zu wohlthätigen Gedanken finde sich das Geld der Juden immer zusammen.“ Der Alliance wird niemals nachzuweisen sein, daß sie jemals dem Zweck verfolgt habe eine politische Macht zu erreichen. Wenn nun jetzt der Ausdruck „Judenhebe“ gebraucht wird, so beschweren wir uns darüber, daß, was niemals politisch ersprießlich oder sittlich erlaubt ist, der Name „Jude“ überhaupt schon als ein Brandmal gebraucht wird, das man mit dem Menschen, seinen Bestrebungen, Tendenzen und Gedanken fertig ist, sobald man überhaupt hat, der Mann sei ein Jude, ein Semit. Und das geschieht nicht nur thatsächlich, sondern wird principiell als das Richtige behauptet. Es ist ein Unrecht, gewisse franke und werwerliche Bestrebungen der Zeit unter dem Namen „Judentum“ zusammenzufassen. Wer dies thut, übernimmt die Verantwortung für den Mißbrauch dieser Behauptung und dafür, daß der Haß und die Leidenschaft der weniger Aufgeklärten sich gegen den Juden lediglich deshalb richtet, weil er ein Jude ist, ohne daß er etwas Schlechtes gethan hat.

Es ist im deutschen Interesse, die Frage der Race in diesem Sinne aufzuwerfen, wie Sie es dem Judentum gegenüber thun? Der Deutsche steht in vielen Ländern genau ebenso da, wie der Jude bei uns. Die jungen Kaufleute in den Hanse-Städten gehen nach Buenos-Ayres, Madras, Shanghai, Singapur hinaus, um sich dort ein Vermögen zu erwerben und sich dann heimgekehrt dem öffentlichen Dienst in ihrer Vaterstadt zu widmen. Ihnen haben wir zu verdanken, was wir in Welthandel und an Ausdehnung unserer industriellen Bestrebungen besitzen. Würde uns das zerstört, so würden wir tief zurückgeworfen: aber wie können wir das Recht haben diese Beziehungen gepflegt zu sehen, wenn wir in dieser Weise gegen Andere verfahren, die in unserer Mitte Handel treiben und capitalbildend arbeiten? Die „Times“ bezeichnen als Motiv der Judenhebe, daß der Deutsche mit den Juden nicht concurriren zu können befürchtet, weil er ein unfähiger Handelsmann sei, gewöhnt an eine kleinliche, krämerische Behandlung und außer Stande sich die durch Schaffung der deutschen Einheit geschaffene Conjunction zu Nutzen zu machen; hier trete der Jude an seine Stelle und das erfülle den Deutschen mit Haß und Neid. Ich halte es für geboten mit dem vollen Stolz eines Deutschen eine solche Auffassung als völlig unbegründet zurückzuweisen. Der deutsche Kaufmann ist dem ausländischen in allen Welttheilen ebenbürtig, vielleicht überlegen, und hat das bewiesen. Jene Handelscolonien in Ostasien und Amerika sind zum größten Theil in den Händen des deutschen Handelsstandes und in verschwindend kleinem Maße in den der Juden, die Handelsfähigkeit der Deutschen kann also gar keinem Zweifel unterliegen. Ist es aber zu verwundern, wenn eine fremde Nation, die sich einer solchen Erscheinung gegenüber sieht, von der sie mit Recht behauptet, daß sie bei allen übrigen Culturvölkern verschwunden sei, zu einer solchen Anschuldigung vielleicht in dem Glauben greift, uns damit eine wohlmeinende Entschuldigung zu Theil werden zu lassen? Es liegt im gemeinsamen Interesse, daß diese Form der Judenhebe, die sich gegen den Juden richtet, lediglich, weil er ein Jude ist, ohne daß ihm etwas Böses nachzuweisen ist, beseitigt werde. Ich erkenne mit vollem Dank an, daß die Herren v. Heydebrand, Reichensperger und Winthorst nicht allein erklärt haben, sie wollten die Gleichberechtigung der Juden aufrecht erhalten, sondern auch, daß sie gegen die kleinliche Form der Judenhebe sich mit einer Entschiedenheit erklärt haben, die ihrer distinguished Stellung zukommt. Aber sie haben ihre Hände in Unschuld gewaschen und gesagt: wir müssen der Bewegung ihren Lauf lassen, wir können nichts dagegen thun. Ich glaube im Gegentheil, daß es im gemeinsamen Interesse der Parteien liegt, dahin zu wirken, daß eine so unbedingte Bewegung erstickt werde. (Beifall links.)

Abg. Bachem: Das Facit der bisherigen Verhandlungen ist das, daß die überwiegende Majorität des Hauses, vielleicht nur mit Ausnahme der Interpellanten, die Interpellation als inopportun und sachlich unberechtigt aufstufte. (Widerspruch links.) Diese Ansicht geht sogar weit in die national-liberale Partei hinein, wie eine Aeußerung ihres officiellen Organs beweist. Weder die Regierung noch irgend eine Partei des Hauses denkt daran, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Israeliten in Frage zu stellen, ein Angriff, dem die Interpellation vorbeugen will. Aber die große Majorität ist auch nicht geneigt, mit dem Abg. Hänel die antisemitische Bewegung „rund und voll zu verurtheilen“. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Diese Lage der Dinge war vorherzusehen, denn man konnte doch eine andere Stellungnahme der Regierung und des Hauses nicht erwarten. Die Fortschrittspartei kam zu dieser Interpellation, die doch keine materielle Veranlassung hat, nur deshalb, weil sie sich wesentlich als eine Berliner Partei fühlte. (Sehr wahr! rechts.) Sie lebt und weht in der Atmosphäre Berlins und gewisser Städte, deren Verhältnisse denen Berlins analog sind. Die Interpellation ist hervorgegangen aus einer Verwerfung des Abgeordnetenhauses mit den Berliner Stadtverordneten. (Große Heiterkeit.) Der Irrthum, daß Sie im Stande seien, im Berliner Sinne zu Ihren Gunsten öffentliche Meinung zu machen, mußte Ihnen benommen werden. Ihre Presse ist zwar sehr bemüht, den Irrthum aufrechtzuerhalten; das wird aber schon mit Rücksicht auf die Stimme aus der national-liberalen Partei nicht gelingen. Gerade in den Städten, in welchen die antisemitische Bewegung besonders hervorgetreten ist, handelt es sich nicht um den Schutz einer unterdrückten Minorität, sondern um die Abwehr des fortschrittlich jüdischen Terrorismus. Ich erinnere nur an den Stadtverordneten Limpricht, der gegen den Stadtverordneten-Vorsteher Straßmann agitiren wollte, noch er ein Recht hatte, der aber durch Drohungen, daß man seine Stellung als Stadtverordneter unterminiren werde, zu jener Erklärung bezogen wurde, die so recht beweist, wie stark hier der fortschrittlich jüdische Ring ist.

Ein Freund aus Breslau autorisirt mich, zur Charakterisirung der dortigen Zustände Folgendes mitzutheilen. Der als ein Mann von sehr wohlwollender Gesinnung bekannte Commandant, General-Lieutenant von Wulffen, hat die antisemitische Petition unterschrieben. Das Begleitschreiben hat er nicht unterschrieben, sein Name wurde vielmehr von Anderen darunter gesetzt, aber um die Herren nicht zu desavouiren, hat er ihn darunter gelassen. Er war doch aber nicht gerade provocatorisch hervorgetreten. Das veranlaßte einen angesehenen Breslauer jüdischen Bankier, ihn in einem Schreiben zur öffentlichen Reconvocation aufzufordern (Wachen rechts), worüberfalls der Bankier gegen Se. Excellenz mit Rücksicht auf gewisse, demselben bekannte Thatsachen vorgehen würde. Herr v. Wulffen antwortete zuerst, doch gestaltete sich die Correspondenz bald so, daß er davon Abstand nehmen mußte. Nun veröffentlichte die „Breslauer Morgen-Zeitung“, deren Eigentümer Israelit ist, die Correspondenz, mit dem Bemerkten, der Bankier habe den General durch Klüftung eines Darlehns in große Verlegenheit gesetzt. Diese ganze Geschichte war vollständig erlogen. (Hört! rechts.) Sodann brachte die „Schlesische Presse“, deren Eigentümer ebenfalls Israelit, das bekannte „Eingeständni“, in welchem dem General die allerschändlichsten Schmähungen des Judenthums tatsächlich in den Mund gelegt wurden. Die Unterschrift war gefälscht; jetzt erklärt die Zeitung sich für dupirt und setzt einen Preis auf Ermittlung des Fälschers. (Abg. Richter: Was soll das beweisen?) Der General wurde der allergeringsten Rederei ausgesetzt, z. B. er habe den Wein zur Hochzeit seiner Tochter noch nicht bezahlt; bloß weil er das Verbrechen begangen hatte, die Petition zu unterschreiben!

Er suchte nun nach einem Rechtsanwalte, um den verlogenen Anklagen

gerichtlich zu begegnen. Aber da zeigte sich wieder der jüdische Terrorismus. In ganz Breslau fand sich kein christlicher conservativer Rechtsanwalt, der den Muth hatte, gegen den jüdischen Ring vorzugehen, mit Ausnahme eines jungen katholischen Anwalts. Ist das nicht Terrorismus der jüdischen Presse? (Sehr richtig! rechts.) Analog liegen die Verhältnisse in Frankfurt a. M. Wo sind die Katholiken — ich sehe zu meiner Freude den Cultusminister hier — in Bezug auf die Schulverhältnisse so mißhandelt worden, wie in Frankfurt? Der neue Oberbürgermeister wird reichlich Gelegenheit haben, in dieser Sache seinem allbekanntem Billigkeitsgefühl Ausdruck zu geben. Auch hier haben wir es auf Seiten der Katholiken eher mit einer berechtigten Gegenwehr als mit einer unredlichen Aggression zu thun. Trotzdem ist hier Niemand, der Ausnahmemaßregeln gegen die Israeliten beschwor, und sollte die Regierung, was nach allen Antecedentien nicht anzunehmen ist, jemals solche Maßregeln beantragen, so würden Sie (die Interpellanten) das Centrum auf Ihrer Seite finden. Die vollkommenden Wendungen von Schutz der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung und christlicher Liebe waren einwilligen noch gar nicht am Plage. Der Abg. Seyffarth hat uns einen Bibelspruch angeführt. (Abg. von Minnigerode: Leider Gottes!) Nach meinen Erfahrungen im Culturkampf muß ich den Gegnern der antisemitischen Bewegung den Bibelspruch vorkalden: Sie sehen den Splitter in des Nächsten Auge, aber nicht den Balken in ihrem eigenen. (Sehr wahr! rechts. Heiterkeit links.) Wie wurde der Abg. Hänel auf dem Berliner Congress empfohlen, nachdem er 1871 die Adresse unterschrieben, in welcher ausgesprochen war, daß von einer Intervention in Angelegenheiten anderer Länder unter keiner Form die Rede sein könne. (Abg. Hänel: Es handelt sich hier nicht um Intervention, sondern um die europäische Anerkennung.) Die Logik meiner Ausführungen ist doch ganz unzweifelhaft. (Abg. Hänel: Nein. Heiterkeit.) Der Sag war wieder nur gegen Rom gerichtet, man glaubte, das Centrum wolle eine Intervention zur Wiederaufrichtung des Papstthums, und darum suchten wir jenen unsinnigen Satz zu beseitigen, der zu Inconsequenzen führen mußte.

Da nun der Abg. Hänel die Judenfrage ganz allgemein aufgeworfen hat, so müssen wir dieselbe auch mit Ernst, Besonnenheit und Gründlichkeit behandeln, und das will ich mit der Ernsthcit, die nach der größten deutschen Dichterin Annette von Droste-Hülshoff (Große Heiterkeit) dem Manne geziemt, thun. Die Judenfrage ist vorzugsweise eine wirtschaftliche, darum ist sie in den wirtschaftlich schwachen Ländern, den Donauländern, Rußland und den polnischen Landestheilen Preussens am brennendsten. Darum wird sie auch in Hannover, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr günstig sind, ganz anders beurtheilt. Unbestreitbare Thatsache ist es, daß in den letzten Decennien sich eine ungeheure Verchiebung des Mobiliars- und Immobilienverhältnisses zu Gunsten der Juden vollzogen hat. Diese Thatsache kann man nicht mit dem Hinweis auf den Neid beseitigen. Sie erklärt sich auch nicht aus der größeren Vertriebenheit und Intelligenz der Juden. Ich erkenne die größere Nüchternheit und geschäftliche Gewandtheit der Juden an. Aber jene Thatsache erklärt sich wesentlich daraus, daß ein verhältnismäßig großer Theil der jüdischen Bevölkerung sich verwerflicher und unmoralischer Mittel zum Erwerb des Vermögens bedient hat. Juden sind die Hauptträger des Börsengeschäfts, dessen sehr bedeutliche Auswüchse den Eisenbahnminister zu der Verheimlichung als Ostbaum veranlaßten. Ich will den in den letzten Tagen ohne Veranlassung überschwänglich gerühmten Patriotismus der Juden nicht angreifen. Aber für die norddeutsche Bundes-Anleihe wurden 1870 von der wesentlich in jüdischen Händen befindlichen Berliner Börse nur 3 Millionen Mark gezeichnet, und erst als die Schmach bei Wörth geschlagen war, da drängten sich diese Kreise an den Finanzminister, der jetzt erklärte, daß er sie nicht mehr brauche. Dagegen wurde die französische Kriegsanleihe von deutschen, wesentlich jüdischen Banquiers, mehrfach überzeichnet. (Abg. Richter: Namen!) Der Abgeordnete Richter kennt die hiesigen Börsenverhältnisse selbst so genau, daß er am meisten mit Recht geben wird. (Abg. Richter: Nein!) Das internationale Getreidegeschäft ist wesentlich in jüdischen Händen. In diesem Augenblick verdanken wir ihren bedenklichen Manipulationen die Vertheuerung des Brotes des armen Mannes. (Widerspruch links. Sehr wahr! rechts.)

Die Erfahrungen der einzelnen Herren, namentlich aus den östlichen Provinzen, werden es bestätigen, daß ein großer Theil der jüdischen Bevölkerung Träger des unsoliden Geschäfts ist, das den redlichen Erwerb zu Grunde richtet, und zu dessen gewöhnlichsten Mitteln die Zahlungseinstellung gehört. Das ist der Kern der Judenfrage. Auf dem Lande, namentlich im Osten, ist eine verhältnismäßig große Zahl von Juden dem gewerbmäßigen Wucher ergeben. Der Finanzminister hat das bei der ober-schlesischen Nothstands-Vorlage ausgesprochen. Es ist also nicht Neid, sondern berechtigter Unmuth und Erbitterung der christlichen Bevölkerung, wenn sie sieht, wie der Jude durch Ausbeutung der Noth, des Leichtsinns und der Unvorsichtigkeit die Mittel gewinnt, um seinen Kindern eine bessere wissenschaftliche Bildung zu geben. Dem aber muß durch eine Reform der socialen Gesetzgebung abgeholfen werden, die zu sehr das Capital begünstigt und vergessen hat, daß die Gesetzgebung für das Wohl aller Klassen gleichmäßig zu sorgen hat. Die Bevölkerung der Disprovinzen muß aber auch die rechte Selbsthilfe finden durch Gründung von Volksbanken, Hypothekenbanken und Creditinstituten, mit denen wir im Westen große Erfolge erzielt haben. Die Judenfrage ist aber auch eine sittlich religiöse. Ueber die wahrhaft vergiftende Wirkung der ungläubigen reformjüdischen Presse, die speciell in Berlin eine so gewaltige Macht über die öffentliche Meinung hat, sei nur Einiges gesagt. Siebt es etwas Friboleres, Uebermüthigeres, Cythareres, als diese Presse, etwas Unwürdigeres, als diese Wühlblätter (Abg. Löwe: Die Berliner Wahrheit), deren ähnder Witz zu erquickendem Humor sich verhält, wie Schwefelsäure zu edlem Wein. Wie hat diese Presse in den traurigen Jahren des Culturkampfes die christlichen Confessionen gegen einander verhetzt! Als in dem westlichen Nachbarlande, das nach menschlichem Ermeßen einer zweiten Commune entgegengeht, die Communards zurückgerufen und die Ordensleute vertrieben wurden, wo war da das menschliche Mitgefühl mit den ohne Veranlassung aus ihrem Vaterlande Vertriebenen? Der „Kladderadatsch“, ein Blatt von immensem Einfluß, der die Quintessenz des reformjüdischen Geistes enthält (Abgeordneter Löwe: Das ist nicht wahr!), brachte ein Gedicht, überschrieben „Die Ordensleute“ (Redner verliest das Gedicht, auf die Schlußverse: „Man muß zuletzt doch scheiden nach dem Büttel, wenn gar zu fest die Brut im Lande list.“) (Rufe rechts: Pfui!)

Was würden Sie sagen, wenn an die Stelle von „Jesuiten“ das Wort „Juden“ gesetzt wäre? Wie hat man gerade hier während des Culturkampfes die Katholiken beschimpft. Damals verstand es sich von selbst, daß in jedem Aheatersstück ein Couplet vorkam, das die Jesuiten verhöhnte. Heute noch finden Sie in den Schaufenstern der Kant- und Buchhandlungen Berlins niemals eine Nonne abgebildet, wo sie am Krankenbette sitzt (Abg. Löwe: Im Berliner Rathhause!) oder einen Mönch, wie er in seiner Zelle über die höchsten Probleme nachdenkt (Heiterkeit links), wohl aber schlemmende Mönche zur Augenweide des Pöbels. Aus dieser Atmosphäre geht die Agitation hervor, die wir in der letzten Zeit erlebt haben. (Abg. Hänel: Ich bin kein Berliner.) Ein Mainzer reformjüdisches Blatt schreibt: Das Judentum arbeitet jetzt so rüstig an der neuen Cultur und Wissenschaft, daß der größte Theil des Christenthums bemußt oder unbekümmert vom Geiste des modernen Judenthums geleitet wird. Das ist ganz richtig und insoweit die christlich-social Agitation es sich zur Aufgabe stellt, das Volk über diese Gefahr aufzuklären, erkläre ich meine vollste und ganze Sympathie mit dieser Bewegung, und kann nur wünschen, daß es ihrem Leiter, dessen Muth ich im vollsten Maße anerkenne (Beifall rechts), gelinge, alles Böse weiter fernzuhalten, an das sich die Gegner klammern, um den berechtigten Kern der Sache zu verkehren. Man spricht von dem Vermächtniß Lessings; ich wünsche nicht diese Vernichtung der Religionen und Vermengung, die ohnehin nicht möglich ist. Wir können friedlich in unserer verfassungsmäßigen Parität neben einander leben. Die katholische Presse hat ebenso die Aufgabe, auf jene Gefahr aufmerksam zu machen, und das hat sie im Westen und in dem in Berlin erscheinenden Organ mit Nachdruck, Ernst und Besonnenheit gethan, und wo sie im einzelnen Fall die Grenze überschritten hat, da war sie vollständig entschuldigt durch die maß-

loren Herausforderungen von der anderen Seite. Noch gestern wurde im „Börten-Courier“ ein angeheimes Mitglied dieses Hauses als eine skurrile Persönlichkeit bezeichnet; das ist eine maßlose Frechheit (Zusammensetzung rechts), gegen die das ganze christliche Volk protestieren muß. Wir verlangen wahrhaft gleiches Recht und gleiche Besondere auch für die katholischen Bestrebungen auf sozialem Gebiete und ich beschwöre die Regierung, das gleiche Recht und Licht, das Niemandem entzogen und verflümmelt werden soll, dem katholischen Volke und der katholischen Kirche endlich in vollem Maße zu Theil werden zu lassen. (Wiederholter lebhafter Beifall rechts und im Centrum; Richten links.)

Abg. Richter: Jetzt verstehe ich, warum der Abg. Windthorst vorgestern so scharf betonte, daß er nur für seine Person spreche. Seine Rede hebt sich sehr vortrefflich von der eben gehörten ab. War das die Rede eines Mannes, der wirklich dem religiös-sittlichen Ernst und der ganzen Bedeutung der Frage durchdrungen ist? Es wäre für das Centrum besser gewesen, es bei dem einen Tage bewenden zu lassen, anstatt der Rede seines Führers einen Herrn aus dem zweiten Rang folgen zu lassen. (Lachen im Centrum.) Das Schlimmste in ihr sind die allgemeinen Verdächtigungen des jüdischen Charakters, ohne an Thatsachen anzuknüpfen, die Sprechweise: ein wesentlich stärkerer Theil der jüdischen als der christlichen Bevölkerung sucht in jeder Weise zu unterdrücken, durch Betrug und unredliche Mittel zum Reichthum zu gelangen. Wo ist die Statistik, die das nachweist? (Auf rechts: hier!) Im Gegentheil, die Criminalstatistik ist für die Judenthätigkeit durchaus günstig. Der Vorredner appellirt an meine Kenntnis der Börse in Bezug auf die Nationalanleihe von 1870. Herr Bachem, wissen Sie nicht, daß diese Anleihe von 1870 nicht auf der Börse, sondern im ganzen Lande zur allgemeinen nationalen Subscription aufgelegt worden ist, daß es jedem Katholiken an den tausenden von Zeichnungstellen vollständig unbenommen war, dort auch zu zeichnen? Damals wurden nur 30 Millionen gezeichnet, weil im ersten Moment allgemeine Unruhe die Geschäfte ergriffen hatte (Auf rechts), wo jeder baare Geld haben mußte. (Unterbrechung durch den Abg. v. Ludwig.) Herr v. Ludwig, Sie verstehen wahrscheinlich kaum, was ich sage. (Heiterkeit.) Bei den Ausschreitungen des Gründer- und Schwindlerwesens, die hier im Hause constatirt wurden, standen da die Juden an der Spitze? (Auf rechts und im Centrum: Ja!) Wer der Fürst Butkus ein Jude? Der Herzog von Ujest ein Jude? Der Geheimrath Wagner ein Jude? Aber Kasper war ein Jude! (Auf: Strousberg?) Den conservativen Strousberg schenken wir Ihnen.

Kasper, ein Jude, war es, der in diesem Hause zuerst jenem schwachen Gränzungstreiben, das bis in die höchsten Kreise hinaufgegriffen hatte, die Larve abriß; ein Jude war es, der jene Allerhöchste Cabinets-Ordre zur thatsächlichen Feststellung des Gränztreibens hervorrief. (Auf rechts: Was ist denn festgestellt worden? Abg. v. Ludwig: Das ist ja ungläublich, was der Mann sagt!) Gewiß, der Wucher ist schändlich; aber giebt es denn bloß jüdische Wucherer? Es giebt auch sehr christliche Wucherer, sogar in der heiligen Stadt Rom. Ein Mittel gegen den Wucher sind allerdings die Volksbanken, die wesentlich von liberaler Seite aus angeregt wurden, aber von den Führern der katholischen Bewegung durch die fortwährende Verquickung mit kirchlichen und religiösen Zwecken nicht in dem Maße gefördert wurden, wie es zur Bekämpfung des Wuchers zu wünschen war. Und wer steht an der Spitze der größten Berliner Volksbank gegen den Wucher? Wiederum ein Jude, Dr. Straßmann, der so maßlos angegriffen wird. Der Culturkampf hat ja zu Ausschreitungen geführt, die Niemand mehr bebauern kann, als ich (Lachen im Centrum), aber wer ist denn an ihnen Schuld? Die, welche den Gesezen nicht Gehorsam geleistet haben. Ist aber auf jüdischer Seite irgendwo den Gesezen nicht Gehorsam geleistet worden? Und doch hat die jüdische Bevölkerung eine Gesetzgebung, die sie weit mehr beschränkt, als die katholische Kirche. (Widerspruch im Centrum.) Kennen Sie nicht das Gesetz von 1847, das noch heute der Regierung Rechte in die Hand giebt, die in die Verhältnisse der Synagogen-Gemeinden tief einschneiden, das Recht der Veranftaltung jüdischer Cultus-Beamteten, wobei die Rechte der Verwaltungsbehörden vielfach weiter gehen, als den Katholiken gegenüber? Haben Sie jemals gehört, daß von jüdischer Seite dem Staatsgesetz Ungehorsam geleistet wäre? Wenn freilich auf anderer Seite der passive Widerstand systematisch organisiert ist gegen verfassungsmäßig zu Stande gekommene Gesetze des Landes, und wenn dann zur Erzwingung des Gehorsams der Staatsbürger gegen Staatsgesetze schließlich Maßregeln ergriffen werden müssen, auf welcher Seite liegt dann ein wesentlicher Theil der Mitschuld für diese Ausschreitungen?

Ich habe immer bedauert, wenn, was heilig und ehrwürdig sein sollte, durch Spottbilder herabgezogen wird. Wer in Berlin eine würdige Darstellung der Krankenpflege sucht, der gehe ins Rathhaus, da findet er ein solches Bild. Freilich den Wüth, der über die höchsten Probleme nachdenkt, kann man nicht abbilden; wer weiß denn, worüber der Mann nachdenkt. (Heiterkeit.) Sie sprechen von der Judenpresse — sagen Sie es doch offen heraus, es ist die liberale Presse, die Ihnen nicht gefällt. Neulich wurde die „Posener Zeitung“ hier als ein jüdisches Organ angegriffen: weder der Verleger noch ein einziger Redacteur der „Posener Zeitung“ gehört der jüdischen Religion an. Der Jude hat das „Posener Tageblatt“, der Jude ist Besitzer des Regierungsblattes. Bei der „Wolfschen Zeitung“, die Herr Stöder ein besonderes Grauel ist, gehört kein Besitzer, kein Redacteur der jüdischen Confession an. Nein, die Juden schlägt man, die Liberalen meint man. Herr Bachem selbst spricht von der jüdischen fortschrittlichen Presse. Weil man die Liberalen nicht in ihren Grundfragen bekämpfen kann und ihnen gegenüber in den großen Städten ohnmächtig ist, darum wird der Racenhaß zu Hilfe gerufen, nicht bloß um das Judenthum zu bekämpfen, sondern um sich mit den conservativen Bestrebungen über Wasser zu halten. Das ist der Kern der Sache. Nun sagen Sie, die Interpellation sei inopportun gewesen. Ja, für Sie, das glaube ich, wir sind mit ihrem Erfolg sehr zufrieden. Wären Sie mit dem Sonnabend ebenso zufrieden gewesen, dann hätten Sie nicht nötig gehabt, zu unserer Ueberzeugung den Montag noch als zweiten Tag hinzuzufügen. Nach der Rede des Abg. Bachem werden Sie auch heute schwerlich Vorbeeren pfänden. Der Freiheit des Petitionsrechts stellen wir das Interpellationsrecht gegenüber. Beschränkte sich die Bewegung auf Berlin, dann würden wir schon selbst mit ihr fertig werden, und zu ihrer Kenntniznahme genügt die Stadtverordneten-Versammlung. Aber greift sie nicht hinaus auf das ganze Land? Ist die Petition nicht an alle Bürgermeister, Superintendenten, Landräthe, Steuer-einnehmer u. s. w. versendet worden?

Meine Herren, es war gerade Zeit gegenüber einer Bewegung, die sich zu organisiren anfing, die öffentliche Meinung aufmerksam zu machen, was dort im Lande vorgeht. Meine Herren, das Abgeordnetenhaus soll das Gewissen der Nation betreten, an dieses appelliren wir gegenüber jener im Dunkeln schleichenden Bewegung. (Unruhe.) Die Interpellation, das war die Leuchtkegel, die aufstieg, um alle jene Minirarbeiter zu kennzeichnen vor dem Volke, die jetzt thätig sind, jene Bewegung wachzurufen. Jetzt ist die Aufmerksamkeit im Lande darauf gelenkt, jetzt sind die Kräfte wachgerufen, jetzt sind Sie aus der Offensive in die Defensive geworfen (Widerspruch), das ist, was Sie inopportun finden, wir aber nicht. Wenn einzelne Stimmen angehört worden sind, die sich der Bewegung nicht mehr anschließen wollen, ja, m. S., sie stehen unter dem Druck der öffentlichen Meinung, nicht des jüdischen Terrorismus, es ist ihnen klar geworden durch die Verhandlungen, um was es sich handelt und darum fühlen sie sich in ihrem eigenen Gewissen jetzt gedrungen, Zeugnis abzulegen, daß sie nicht zu jener Bewegung gehören. Im Uebrigen überlasse ich die Betrachtungen des Abg. Bachem über die Feigheit der Conservativen, sich von gewissen Erklärungen zurückziehen, der Auseinandersetzung der Herren untereinander. Wenn er wirklich glaubt, daß auf jener Seite eine solche Feigheit vorhanden sei, wie wir sie an Herrn Vimpredt und anderen gewissen Herren in Breslau ... (Große Unruhe rechts.) Der Präsident unterbricht den Abg. Richter und erklärt, der Abg. Bachem habe nicht von der Feigheit der Conservativen des Abgeordnetenhauses gesprochen. Herr Präsident, mein Ausdruck bezieht sich nicht auf conservative Mitglieder dieses Hauses, sondern ich habe sagen wollen: wenn der Abg. Bachem sagt, Vimpredt und die Breslauer Herren ständen derartig unter dem Terrorismus, daß sie es nicht mehr wagen, ihre Meinung aufrecht zu erhalten, so habe ich auf diese Leute meine Bemerkung gerichtet, keineswegs auf irgend ein Mitglied dieses Hauses. Er spricht mit Empfindung aus, es finde sich kein christlich-conservativer Rechtsanwalt in Breslau mehr, um Rechtsachen zu vertreten; warum wenden sich denn die Herren nicht an Herrn Schröder-Pippstadt, ist der etwa auch bange geworden? (Heiterkeit, sehr gut!)

Ich glaube, es ist wirklich zu kleinlich gegenüber dieser ganzen Bewegung, wenn man sie auf dergleichen persönliche Geschieden, wie sie in den Zeitungen hin und her getragen werden, reducirt. M. S., warum ich mich zum Worte gemeldet habe, bevor der Abgeordnete Bachem gesprochen hat, das ist, weil das Wort wieder durchgefallen ist aus der Debatte vom vorigen Sonnabend vom christlichen Volk, vom christlichen Staat. Da scheint es mir doch an der Zeit zu sein, eine Aeußerung ins Gedächtnis zurückzurufen, die vor 33 Jahren auf dem vereinigten Landtage in jener Debatte über dieselbe Frage gesprochen wurde. Der Mann, der sie sprach, war ein scharfer Gegner unserer Partei, es redete ein gut Stück Junfer in ihm, es war der Freiherr von Vinde. (Redner verliest die Stelle, in der sich auch der Passus findet: „Die jüdische Religion enthält keine Vor-

schriften, welche die Juden verbietet, eben so gute Staatsbürger zu sein, als wir Christen.“) Meine Herren, es ist ein Zeichen der Zeit, der fortschreitenden Reaction, daß man heute, nach 33 Jahren, auf das zurückkommen muß, was damals in jener Debatte gesagt worden ist. Ich glaube, die Freunde des Abgeordneten Bachem hätten am meisten Veranlassung, sich zu verwahren gegen einen solchen Verfall, Staat und Religion, Staat und Christentum zu identifiziren, denn vom christlichen Staat zum protestantischen Staat, zum evangelischen ist nur ein Schritt, es ist sogar die logische Consequenz des Gedankens. Sie selbst, als Sie sich bei der Frage der Simultanfakultäten verwahren, daß die Schulen nur eine allgemeine christliche Unterlage haben sollten mit den Worten: nur in Gestalt einer bestimmten Confession wird das Christentum lebendig, haben damals diesen Grundsatz nicht anerkannt. Ich bin der Meinung, daß diejenigen, welche in dieser Weise Christentum, Religion und Staat mit einander in Verbindung bringen wollen, in der That weiter gedrängt werden und zuletzt beim confessionellen Staat ankommen müssen. Wir sehen es ja, daß auf jener Seite die weitere Schlußfolgerung gezogen wird in der Frage der Simultanfakultäten, daß sollen nun schon die Kinder beim Unterricht getrennt werden nach ihrer besonderen Confession, da ist ja gar nicht mehr die Rede vom christlichen Schulen gegenüber jüdischen Schulen, sondern da heißt es, evangelische und katholische Schulen.

Auf dem Katholikentage in Breslau ist sogar eine Resolution angenommen worden, wonach eine weitere Trennung in den geselligen Verhältnissen und in den persönlichen Beziehungen zu einander eintreten soll und es beklagt wird, daß so viele Mißthaten geschlossen werden, und es Pflicht der Eltern sei, dies zu verhindern, und Pflicht der katholischen Jünglinge und Jungfrauen, Bekanntschaften mit Andersgläubigen zu vermeiden. (Sehr richtig! im Centrum, große Unruhe.) Ja, man geht noch weiter. Der College Dr. Franz sagte auf jenem Congreß, wo er die Mittel anging zur Hebung des Handwerkerstandes und empfiehlt, seine Bedürfnisse beim selbstständigen Handwerker zu lauten: „Sie wissen schon, was ich meine.“ — Stimme aus dem Publikum: „Nicht beim Juden!“ Ich halte das für ganz außerordentlich wichtig. M. S., bisher hat noch keine politische Partei, keine Glaubenspartei diese Sonderung selbst in das geschäftliche Leben getragen. (Widerspruch im Centrum.) Nein, m. S., es hat einen Fall gegeben im deutschen Reichstag. In Altona bei einer Wahl haben die Socialisten aufgeführt, daß man künftig nicht mehr bei einem Krämer kaufen soll, der nicht Socialist sei, und als das im Reichstag berührt wurde vom dem Abgeordneten Kasper, da trat der Abgeordnete Bebel auf und sagte: Wir desavouiren unsere Altonaer Parteigenossen, nein, das wollen wir nicht, so scharf sind unsere Gegenstände nicht. Ich will mich freuen, wenn nun hier auch aus dem Centrum erklärt wird, wie man auch über die Judenfrage denke, sie halten es nicht für richtig, diese Fragen auf die geschäftlichen Beziehungen unter einander übertragen zu sehen. Meine Herren, Sie sehen, wohin solche Bestrebungen wollen. Das bleibt ja nicht bei den Juden stehen, das heißt doch schließlich, die Nation nach allen Richtungen auseinanderreißen. (Sehr richtig! links.) Ich bin der Meinung, es ist in der That eine antinationale Bewegung, die sich gegen das einheitliche Deutschland kehrt, das unter so vielen Opfern im Jahre 1871 geschaffen worden ist. (Sehr richtig! links.)

Wenn nun aber gesagt worden ist, daß ein besonderer Muth dazu gehört habe, in dies sogenannte Wespennest zu steigen, so muß ich sagen, wenn es ein Muth ist, so ist es nach meiner Auffassung ein trauriger Muth und ich halte es nicht einmal für besonders muthig, gegen eine Bevölkerungsklasse, die eine kleine Minorität, selbst hier in Berlin nicht einmal 1/10 der Bevölkerung darstellt, aufzutreten, zumal wenn man weiß, daß es mächtige Leute giebt, die den Juden so etwas gönnen. Meine Herren, Muth gehört heute dazu, wenn andere Geislliche die protestantische Glaubensfreiheit gegen eine kleine orthodoxe Clique (auf rechts) zu verteidigen wagen, nicht aber auf die Juden zu gehen. Und, m. S., Muth nach unten! Ach Gott bewahre, der Berliner Mob amüset sich darüber (Auf rechts: Mob? hört, hört!), und wenn gewisse Namen aus der christlich-socialen Bewegung in großen Berliner Versammlungen genannt werden oder z. B. im Theater vorkommen, so habe ich noch immer gefunden, daß nicht ein Ton der Entrüstung durch das Publikum geht, sondern eine gewisse beitere Stimmung. Wenn Herr Stöder einmal auf die Bühnenergüsse getreten wird, dann geht es gleich zum Staatsanwalt. Er beklagte sich ja öffentlich, daß der Staatsanwalt seinem Denunciations nicht genug Folge leiste und erst in der letzten Zeit scheint er zurückgetreten zu sein, nachdem er die Erfahrung gemacht, daß sich Erkenntnisgründe öfter gegen diejenigen, die solche Verurteilungen herbeiführen, schärfer richten können als der Tenor gegen den Verurtheilten. M. S., ich bin bekannt als einer, der die socialdemokratische Bewegung von Anfang an aufs heftigste bekämpft hat; das muß ich aber sagen: in meinen Augen ist jene christlich-social Bewegung viel verderblicher als die socialdemokratische. (Auf rechts: Für Sie!)

M. S., die Socialdemokraten sind ausgewiesen, die Träger der christlich-socialen Bewegung bleiben in Ansehen und Würden im Kreise der Mächtigen. Das Gemeinsame dieser beiden Bewegungen ist das, daß sie überall den Staat vorantreiben; sie sagen in ihren Flugchriften in ihren Waplaufzügen für Herrn Stöder: die Gesetzgebung ist schuld, daß ihr Arbeiter mit Weib und Kind am Hungertuche nagt! Dahin ist es gekommen in der Bevölkerung und versprechen dann: ja, wenn erst die Gesetzgebung in unserem Sinne geändert wird, werdet Ihr glücklich sein, dann wird die große Klust, die jetzt besteht, zwischen Reich und Arm verschwinden. (Redner verliest eine darauf bezügliche Stelle aus einer von dem christlich-socialen Verein als Flugblatt Nr. 3 officiell publicirten Rede des Herrn Stöder.) Meine Herren! Ich weiß wohl, daß Herr Stöder in seinen Reden dem Privat-eigenthum einen größeren Spielraum läßt als den Socialdemokraten, aber es tritt in der Gesamtheit mehr zurück. Er ruft die Verantwortlichkeit des Staates an, die den Leuten helfen soll, der Staat habe Schuld an den vorhandenen Zuständen. Nichts aber finden Sie in jenen Reden von dem Sag: Hilf Dir selbst, so wird Dir Gott helfen, oder: Jeder ist seines Glückes Schmied, nichts von der Macht der christlichen Liebe, die dem Anderen helfen soll. Nein, Herr Stöder weist dies ausdrücklich in seinen Reden zurück, er empfiehlt gerade so, wie die Socialisten, die Staatshilfe. Meine Herren! Es ist ein Glück, daß solche Vorstellungen in den germanischen Völkern zum Unterschiede von den romanischen nicht vorherrschend sind, daß bei ihnen das Bewußtsein des Individuums, der Selbstverantwortlichkeit lebendiger ist, daß man im Staat wohl eine Stütze sieht, die viel helfen kann, aber nicht geneigt ist auf den Staat die Verantwortlichkeit für seine Existenz zu wälzen. Griffen solche Vorstellungen im Volke Platz, so lämen wir in französische Zustände; dort freilich ist es lebendig, wenn Mißstände sich zeigen, ja wenn die Ernte mißrät, kehrt sich die ganze Unzufriedenheit gegen den Staat, der ist verantwortlich, und was folgt daraus?

Keine Staatsregierung, kein politisches System ist im Stande, solche Unzufriedenheit zu bannen, weil der Staat unmöglich in der Lage ist, solche Anforderungen zu erfüllen und deshalb sehen Sie dort in Frankreich Revolution auf Revolution, kein Regierungssystem macht es den Franzosen recht. Hätten wir uns, ähnliche Vorstellungen zu erwecken von der Macht des Staates. Den augenblicklichen Machthabern mögen die großen Versprechungen auf Staatshilfe zu Gute kommen, aber wenn sie dann nicht erfüllt werden können, dann kehrt sich die ganze Unzufriedenheit, die jetzt von zwei Seiten, von den Christlich-Socialen und von den Socialisten aufgestellt wird, schließlich gegen die Staatsregierung, welche alsdann am Ende ist. Es wird vielleicht keine liberale sein, aber welche es sein mag, keine Regierung kann den Erwartungen genügen; alsdann droht unter der allgemeinen Unzufriedenheit zusammenzusinken, was aufrecht zu erhalten wir Alle das gleiche Interesse haben. Keine Bewegung ist antimonarchisch in ihren Grundzügen als diese. (Sehr wahr!) Conservative und Liberale sollten gleichmäßig fernhalten, daß im Volke Ansprüche an den Staat groß gezogen werden, die kein Regierungssystem wahr machen kann. (Sehr gut!) Nicht minder ist den Christlich-Socialen mit den Socialisten die Methode der Agitation gemeinsam. In gleicher Weise erregen sie Klaffenhaß, nähren den Neid und die Mißgunst. Nach einem Berichte der „Post“ tritt dort ein Redner auf und erklärt, daß das Reichsgesetz von 1869, welches die Gleichberechtigung der Confessionen erklärte, im Wesentlichen die Schuld trage an den jetzigen Uebelständen. Müßten Sie andere Berichte der Presse, wie Herr Stöder gegen das mobile Capital auftritt. Er hält den Socialisten vor, daß sie nicht genug die Börse angegriffen hätten, sondern nur die Meister und Fabrikanten. Gleichröder habe mehr in seinem Vermögen — so sagt Herr Stöder — als alle evangelischen Geisllichen zusammengekommen. (Große Heiterkeit.)

Nach solchen Reden wird eine Pause bis zur Discussion gemacht. Die Aufregung und der Tumult lassen dieselben nicht zu, Herr Stöder muß die Versammlung schließen, theils Schlägerei, theils Beschimpfungen kommen vor, wie: „Sie langnasiger Judenbengel, Sie sind ja bloß Galt“, ein Anderer erwidert: „Ich habe 10 Pf. Entree bezahlt und kann bis zum Ende der Vorstellung hier bleiben.“ (Große Heiterkeit.) Großes Geschrei, man läßt Stöder und Lassalle leben. Pfeifen und Schreien, viele dieser Versammlungen müssen deshalb wegen Tumults geschlossen werden. (Abg. Stöder: es ist nie eine deswegen geschlossen worden.) Das ist das besondere Verhängnis, die Bewegung kehrt sich nicht wie bei den Socialisten gegen Besitzverhältnisse, diese könnten ja geändert werden, sondern gegen die Men-

schen als Stamm, sie bleiben Juden und können doch nur todgeschlagen oder ausgewiesen werden. Weit mehr untergräbt diese den öffentlichen Frieden als der Socialismus. Niemand hat der letztere so unmittelbar Straßeneresse nach sich gezogen, wie es hier der Fall ist. Wozu die innere Verwandschaft leugnen, da die schönen Seelen sich doch zuletzt von beiden Seiten zusammenfinden? Im Frühjahr war Körner der socialistische Gegenandidat von Birkow und Finn 1878 der Gegenandidat von Mendel; jetzt finden sie sich mit Herrn Stöder in derselben Versammlung zusammen und werden von ihm als Freunde und Verbündete begrüßt. Königlich preussische Socialdemokraten nennen sie sich in ihren Flugblättern, königlich preussische Socialdemokraten. Das Polizeipräsidium hatte diese Ausgewiesenen auf gutes Verhalten nach Berlin zurückkommen lassen; kaum zurückgekehrt erlassen sie Aufrufe, in denen sie auf der einen Seite den Kanzler für einen vernünftigen Socialisten erklären, auf der anderen zum Klaffenhaß gegen die Berliner Hausbesitzer aufreizen. Das Polizeipräsidium muß doch ein solches Verhalten für ein gutes ansehen. Der vorjährige Polizeipräsident muß wissen, daß er mit dieser Zulassung bei seinem höchsten Vorgefetzten nicht anstößt.

Hier drängt sich eine Reihe unbeantworteter Fragen auf, nicht minder auch darüber, woher die Geldmittel fließen für die antisemitische Presse? Sie ist ja vollständig organisiert, von der „Deutschen Volkszeitung“ in Hamburg an bis zu den gleichartigen Blättern in Berlin, Breslau, Dresden und dem „Kriegs Patriot“. Aus Nassau wird mir berichtet, daß sich für die Verbreitung eines Blattes, der Herborner Zeitung, welches von Hamburg die inneren Seiten bezieht, die Behörden interessieren. Wo kommen die Geldmittel dazu her? Es wäre uns sehr lieb, zu hören, daß hier der Reptilienfonds nicht im Spiele ist. Waplich, die Regierung sollte sich hüten, auch unter der Firma „christlich-social“ noch einmal mit dem Feuer zu spielen. Als die socialistische Bewegung in Berlin zuerst aufkam, war es ähnlich wie jetzt. Als Lassalle vor den Gerichten des Landes im Namen des Königs wegen Hochverrath und Majestätsbeleidigung verfolgt wurde, hielt der Reichskanzler mit ihm seine vertraulichen Conferenzen, wie mit einem interessanten Gutsmachern. Sicher wußte man es damals noch nicht wie jetzt vom Kanzler selbst; aber im Lande wurde es zu Gunsten der Socialisten umgetragen. Wie waren nachher die Verhältnisse zwischen Schweizer und dem Geheimen Rath Wagner? Woher bekam Schweizer damals die Mittel zu seinem ersten Auftreten in Berlin? Als socialistische Banden das Verfallungsrecht aufhoben und Versammlungen freigaben, erwiderte der Minister Graf Culemburg auf unsere Interpellation: Mögen die Socialisten sich mit der Fortschrittspartei um das Local drängeln, für welches auch sie eine polizeiliche Anmeldeung gemacht. Die Einmischung der Polizei würde die Prügelei nur vermehren, deshalb bleibt sie auf der Strafe stehen. Mit solcher wohlwollenden Neutralität behandelte man die Socialisten in den Anfängen der Bewegung. Von Schweizer war bald nicht mehr die Rede; die Bewegung erhielt einen selbstständigen Charakter. Erst als jene stuchwürdigen Attentate als letzte Ausläufer hervortraten, dachte man anders. Wir hatten rechtzeitig gewarnt. (Lachen rechts.) Gewiß, schon 1865. (Hört links.)

Auch damals drohten die Conservativen der Fortschrittspartei, wie heute mit den Christlich-socialen in Berlin, mit dem Massenritt socialistischer Arbeiterbataillone. Schulze-Delisch erwiderte mit dem Hinweis auf das Räthsel der Spinn, zwei Naturen wohnen im Menschen, die göttliche und die tierische. „Hüten Sie sich“, rief er zu den Conservativen, mitzubehalten, die wilden Leidenhaften, die Bestie herauszufordern, sie wird mit ihren Löwenklauen diejenigen zuerst zerreißen, die sich solches unterfangen.“ Haben die Christlich-socialen erst in den Massen die wilden Leidenschaften entflammt, vor den Geisllichen werden sie nicht respectvoll stehen bleiben, sondern mit ihnen am ehesten fertig werden. (Unruhe und Bewegung.) Allerdings der Kopf und die Hand des Reichskanzlers ist ja nirgends sichtbar in dieser Bewegung. Ich kann auch den Herren am Ministertisch hier keine Beziehung zur antisemitischen Bewegung nachweisen. Doch überall sehen wir dabei diejenigen, die man so nennt, die sich selbst so nennen, die Leute des Kanzlers, von Moritz Wulff bis zu den Hintermännern der „Nord. Allg. Ztg.“; aus der nächsten Umgebung des Kanzlers, ja sogar einschließlich des Herrn v. Trittshke. (Oh, rechts.) Alle diese sind freiwillig bei der antisemitischen Bewegung thätig und, wenn der Reichskanzler selbst nichts damit zu thun hat, es wird doch im Lande nicht glaubt. Ueberall bezieht man sich auf den Namen des Kanzlers, richtet nicht ohne Absicht an ihn die Petition und flüstert umher: wenn dem Kanzler auch die Sache jetzt noch nicht weit genug ist — gegen den Freihandel wollte er ja im Anfang auch nicht vorgehen — aber wenn erst eine mit einer Million Unterschriften in den Petitionen organisierte Bewegung vorhanden ist, dann wird der Kanzler auf die Sache eingehen, wenn auch vielleicht mit andern Herren, als jenen, die jetzt am Ministertisch sitzen.

Wenn die Träger der Bewegung nicht auf den Reichskanzler vertrauten, woher sonst erklärt sich die Dreistigkeit ihres Auftretens? Wo hat Einer der Unterzeichner des Aufrufs sich sonst schon in öffentlichen Fragen so herorgethan? Die Lehrer schicken Kartellkartei umher gegen diejenigen, welche die Sache beim richtigen Namen nennen. Vom Prof. Brecher liegt mir ein Schimpfbrief vor gegen ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, das aber ihn gar nicht gesprochen hat. Woher ihre Dreistigkeit, Landräthen und Bürgermeistern und Superintendenten im Lande die Petition mit der Inanspruchnahme ihrer Hilfe zu schicken? Sie glauben dem Reichskanzler einen Gefallen zu thun. Um dem gegenüber der Regierung Gelegenheit zu bieten, sich einschließlich des Reichskanzlers über ihre Stellung zur Sache auszusprechen, haben wir die Interpellation gestellt. Wir freuen uns ihres Erfolges und wünschen, daß im ganzen Lande eine kräftige Reaction der öffentlichen Meinung diese antisemitische Bewegung nieder schlägt, die wahrlich nicht zur Ehre und Fierde unseres Landes gereicht. (Lebhafter Beifall links, Richten rechts.)

Abg. Stöder: Der Herr Vorredner hat seine Freude darüber ausgesprochen, daß er die antisemitische Bewegung in die Defensive gedrängt habe. Ich hoffe, er wird sehr bald bemerken, daß sie noch immer den Muth hat, zur Offensive überzugehen. Der sittlichen Entrüstung, welche mir von jener Seite mehr als einmal entgegengetreten ist, stehe ich in voller jüdischer Rüstung gegenüber. Ich glaube, meine Waffen sind besser, als die Feigen, und ich werde, wenn ich geschlossen habe, Sie nicht bloß nicht entrüsten, sondern vielleicht entwaffnen haben. (Heiterkeit.) Ich bin mir der ganzen Verantwortlichkeit bewußt, die in diesem Moment auf meinen Schultern liegt (Hört), dafür, daß ich in diese Bewegung eingetreten bin, dafür, daß ich jetzt in dieser großen Stunde, wo diese gewaltige Frage sich in großem Stil vor der Landesvertretung entrollt, reden darf. Ich stehe hier nicht allein. Hinter mir stehen Millionen, darunter sehr viele von der Partei des Redners, der eben gesprochen hat. (Hört!) Ich habe heute in dieses Haus einen Brief bekommen, in dem ein Mann aus dem Volke mir schreibt — und ich habe in diesen Tagen unermesslich viel Briefe ähnlichen Inhalts aus den Kreisen der Fortschrittspartei bekommen —, daß er in dieser Frage auf meiner Seite stehe, nicht auf der der Fortschrittspartei. (Hört!) Diese Position ist, glaube ich, so günstig wie möglich. Der Abg. Richter stellt sich dagegen hier noch als die Säule der Ordnung und der Monarchie hin. (Sehr gut! rechts.) Schon geborsten, kann stürzen über Nacht. (Heiterkeit.) Wenn der Fortschritt fortfährt, sich mit der Judenfrage zu identifiziren, wie er es bisher gethan hat, so kann ihm das in der That in Berlin das Leben kosten, und ich wünsche das von Herzen. (Lachen.) Erhöhen kann ich Sie beruhigen, daß ich in dieser ganzen Bewegung nichts Anderes wünsche, als den Frieden. (Heiterkeit links.)

Gewiß! Ich glaube auch, daß trotz Allem das Resultat dieser Discussion ein Friede sein wird, — aber nicht der saule, der schlechte Friede, in dem wir in Berlin bisher gelebt haben, geübt wie ein wildes Thier von den Juden (lebhafter Beifall rechts, Lärm links), sondern der ehrliche Friede der gegenseitigen Anerkennung und Achtung, dem Sie Jedem, wenn er mit ehrlichen Waffen kämpft, nicht verlagern werden. Was aus der Rede des Abg. Richter einigen Eindruck gemacht hat, war die Verlesung des Berichts über eine von mir abgehaltene Versammlung. Diese Berichte sind mit äußerster Vorsicht aufzunehmen und ich glaube, daß die Herren vom Fortschritt über die christlich-social Bewegung darum in dieser Weise urtheilen, weil sie die Nachrichten darüber nur aus der verlogenen jüdischen Presse geschöpft haben. (Auf links: „Aus der „Post“!) Als ich die erste sog. Judenrede gehalten habe, war ein Israelit gegen mich aufgetreten, ein Mann, der nachher schrieb, es sei in der damaligen Versammlung sehr unabhängig zugegangen, während das Berliner „Tageblatt“ einen entgegengelegten, völlig gefälschten Bericht brachte. Der erwähnte jüdische Herr sandte darauf dem „Tageblatt“ einen Brief, von diesem indessen nicht annehm. Der nachher in conservativen Blättern abgedruckte Brief lautet: „Sie sandten heute einen Bericht in die Welt, der nur die eine Wahrheit enthält, daß eine Versammlung stattgefunden habe. Alles Andere ist erlogen.“ (Hört!) Ich bin der größte Gegner des Herrn Stöder; es gelang mir aber, in der Verhandlung theilweise seine Ansichten abzuschwächen. Dennoch bin ich gezwungen gewesen, ihm Gerechtigkeit zu Theil werden zu lassen, als er behauptete, daß sie ebenso unwissend als unwahr sind; vieles falschen der Intelligenz, daß sie ebenso unwissend als unwahr sind; vieles falschen sie aus Unverstand, das meiste aus Bosheit!“ Ich habe am vorigen Freitag, unmittelbar vor unserer Debatte, unter der größten

Aufregung, die in unserer Stadt herrscht, in dem Giskeller — dem Local, in welchem unsere Bewegung begann — eine Versammlung abgehalten mit dem Thema: „Beweise über das Dasein Gottes“. Da waren 2000 Berliner Männer, darunter mehr als 800 Gegner, die dieses Thema angeht, sich begeistert haben und demnachst ganz still und ruhig, ohne politische Zuhilfenahme, nach Hause gegangen sind. Das hat der Fortschritt nie geleistet! Das Christliche beherrscht die Geister, der Fortschritt entseffelt sie. (Eckhafter Beifall rechts.)

Wir halten, seitdem in diesem Frühjahr Socialdemokraten, Juden und Fortschrittler unsere Versammlungen förmlich unterbrochen haben, keine öffentlichen Versammlungen mehr ab, sondern haben uns die Leute an die kommen. Seitdem stehen wir uns besser. Wenn einige von den Socialdemokraten bei uns gewesen sind, welche ihrer Partei den Abschied gegeben haben, — nun, dazu bin ich ja in Berlin angetreten, um die Socialdemokraten auf ihrer Verirrung herauszuführen. Aus der Fortschrittspartei sind sie zur Socialdemokratie übergetreten, und aus dieser kommen Sie zu uns. Zwischen Socialen und Socialisten ist ein tiefer Unterschied. Socialistisch ist die Forderung, daß alles Privateigentum collectiv werden solle. Social ist nichts Anderes, als die gesellschaftliche Auffassung der Dinge. Die Organisation, die Atomisierung hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt sind. Was ich will, ist nur die Organisation, in der die Arbeiter sich als Brüder fühlen sollen. Ich bin erstaunt, daß der Abg. Richter keinen Schmerz hat für den Nothstand der viel bedrängten Handwerker, der ruinirten Existenzen hier in Berlin und im Lande. Ich weise hier auf dieser Stelle noch einmal auf den Nothstand in Oberdeutschland hin. Haben wir es denn nicht amtlich zu erfahren bekommen, daß es Wucher ist, meist jüdischer Art, unter dem die ganze Kraft zu Grunde geht? Es sind nicht bloß Stimmungen, die in der antijüdischen Bewegung wirken, sondern schreiende Thatfachen. Es berührt mich sympathisch, wenn von jener Seite das freie Wort betont wird, nur soll man es nicht immer nach oben hin schleudern, sondern es anwenden, wo es hin gehört — auf die Schäden des Volkslebens. (Sehr richtig!)

Die Judenfrage ist für mich keine religiöse, auch keine Rassenfrage, sondern eine social-ethische. Sie besteht darin, daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem anderen Stamme angehörend, in der Religion, in ihrem Denken, Fühlen und Wollen von uns verschieden, mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserer Volks eine Position einnehmen, welche dem Zahlenverhältnis der jüdischen Bevölkerung absolut nicht entspricht. Begabt mit einer starken Kapitalkraft und auch mit vielem Talent, drücken diese Männer auf unser öffentliches Leben; nicht bloß im Handel und Gewerbe, sondern auch in communalen Angelegenheiten, in den sittlich-socialen Verhältnissen, ja in den kirchlichen Angelegenheiten (Sehr richtig!) wirken sie mit dem Einfluß, den sie haben, und das ist unsträglich. Man sagt, es sei kein unsererlei. Ich kenne die Männer, welche in dieser Bewegung stehen, und versichere Sie, ich habe von diesem Reide aus ihrem Munde nichts gehört. Mit der Forderung, daß wir der jüdischen Bevölkerung Duldung gewähren sollen, ist die Frage nicht erschöpft; auch daß die Existenz des preussischen Staats an die politische Gleichberechtigung der Confession geknüpft sei, kann ich nicht anerkennen. Uebrigens ist das Judenthum keine Confession, es hat kein Bekenntnis. Ich gestehe zu, daß wir mit den Juden im Frieden leben müssen. Aber das soll Niemand leugnen, daß wir in einem christlichen Staate leben, in dem 79/80 der Einwohner Christen sind; diese haben ein Recht zu fordern, daß unser Staat als eine christliche Gesellschaft angesehen, von einer christlichen Obrigkeit regiert und nach einer christlichen Gesetzgebung behandelt wird. (Sehr richtig! rechts.) Die Frage, die jetzt zur Discussion steht, will man einigen wenigen Personen in die Schuhe schieben. Ich habe die Frage nur in das öffentliche Leben übergeführt und sie in einen ruhigen Fluß gebracht. Man weist auf Rumänien hin. Warten Sie aber nur ein Lebensalter und Sie werden sehen, was durch diese Emancipation aus Rumänien geworden sein wird.

Ein jüdischer Schriftsteller sagt: „Binnen 30 Jahren wird der Ackerbau Galiciens sich zum großen Theil in den Händen der Juden befinden. Auch hier sehen wir wieder das Walten der göttlichen Vorsehung!“ Ich habe keine Antipathie, weder gegen das Volk im Ganzen, noch gegen irgend einen einzelnen Israeliten. Den Vorwurf, daß wir das Judenthum an sich proscriptiren, weisen wir mit Entschiedenheit von uns. Heute Morgen erklärte mir ein gebildeter Jude, der in den Versammlungen meiner Partei unsere Art kennen gelernt hat, daß er mir zu dem heutigen Tage Glück wünsche. (Seiterlei links.) Ich habe meinen Einfluß immer dazu gebraucht, von directen Angriffen gegen das Judenthum abzumachen. Ich bemühe mich besonders, dies bezüglich der getauften Juden zu thun und zu verhindern, daß sich der Haß bis auf das dritte und vierte Glied erstreckt. Die Antisemitentliga habe ich nicht begründet, auch habe ich ihr nie angehört. Ich habe nur die Statuten derselben zugesandt erhalten. Ebenso verhält es sich mit der „Wahrheit“. Ich habe dieselbe nicht unterstützt, lese sie auch nicht. Aber das glaube ich, daß die Männer von der Partei des „Kladderadatsch“, des „Mf“ und der „Waspen“ kein Recht haben, sich darüber zu beklagen, daß hier einmal nicht das Heilige, sondern das Unheilige verpöndelt wird. Dort hatte man unsere heiligsten Gefühle verhöhnt, unsere lieblichsten Gebete in den Schmutz gezogen, unsere größten evangelischen Lieber travestirt, dagegen haben wir uns erheben! Wir wissen, daß unser Volk den übergetretenen Israeliten, wie Stahl, Reander, Mendelssohn, vollen Beifall zollt; ebenso wie denjenigen ungetauften Juden, die in Kunst und Wissenschaft sich an der Entwicklung unseres Volkes betheiligt haben. Um diese handelt es sich nicht.

Als ich nach Berlin kam, fand ich einen Bekehrten des äußeren Kirchenthums vor, der durch nichts mehr herborgerufen war, als durch die Infamie der jüdischen Presse: Ich nenne jüdische Presse diejenigen, welche von Juden geschrieben ist. Unter Zeitungen dieser Art verbeide ich solche, die dem Besitze oder der Redaction nach in den Händen von Juden sind. Auch der „Kladderadatsch“ erscheint mir als ein jüdisches Blatt, wenn auch Leute daran arbeiten, die einmal Aebologie kundig haben. Ich trat in eine Bewegung hinein, die socialdemokratische, die riesengroß aufgewachsen war. Ich glaube, man kann es mir, als einem Geistlichen, nicht verargen, wenn ich aus dieser Masse nicht bloß den Unwillen des Armen gegen den Reichen, nicht bloß den Haß des Atheisten gegen Gott, sondern auch den Nothschrei herausgehört: „Selbst uns äußerlich und innerlich!“ Darum bin ich in diesen Abgründ hineingestrungen, von dem ich nicht wollte, wie tief er war. (Eckhafter Beifall rechts.) Mir ist vorgeworfen, ich hätte das Christliche zum Deckmantel meiner Bestrebungen genommen. Ich würde mir nicht erlauben, einem Andern solche Vorwürfe entgegen zu schleudern. Ich will nur darauf hinweisen, daß Herr Marx Hirsch erst arzte, der Arbeiter müsse in Folge der neuen Zölle und Steuern eine wöchentliche Lohnverhöhung von über 3,75 Mark haben, um die durch dieselben verursachten Wehrausgaben zu decken. (Rufe links: Sehr wahr!) Ich erwartete die Beweise dafür. Wird derselbe nicht geführt, dann werde ich hier vor dem Lande erklären, daß die Führer der Fortschrittspartei die Arbeiter irre führen. Ich sage nicht, daß Sie sich auf einem unehrlichen Boden befinden, dazu bin ich zu heilig! Unsere Devise „Christlich-Social“ umfaßt das, was auf religiösem und wirtschaftlichem Gebiete nöthig ist. Man braucht auch für die socialen Dinge ein religiöses Element. Der Unglaube mag, so sagt ein geistvoller Mann, eine dünne Eisdecke sein, aber welche der Einzelne geben kann, aber das Volk führt auf derselben in den Abgrund. Und wenn ich im alten Testament die Anschauung gefunden habe, daß alle Menschen Haushalter seien, daß das Krachten nach unermesslichem Reichthum den Menschen nichts Gutes bringe und Barmherzigkeit gegen den Armen das höchste Gesetz sei — habe ich dann Unrecht gethan, wenn ich dies in die Arbeiterreise hineintrage? Etwas Anderes habe ich nicht gethan.

Das heißt gewiß nicht, das Christenthum zum Deckmantel für politische Bestrebungen machen, und ich kann hier als ehrlicher Mann erklären: Mich hat Niemand hinausgeschickt, ich bin von Niemand unterstügt; ich habe im Gegentheil viel Feindschaft erfahren und habe diese saure Arbeit mit wenigen Freunden auf meinen Schultern getragen! Das verdient nicht, daß man mich hier als einen Mann beledigt, der irgend etwas sucht oder erstrebt. (Eckhafter Beifall rechts.) Warum hat der Abg. Richter nicht lieber unser Programm citirt? Wir fordern darin 1) obligatorische Schulen; 2) obligatorische Versicherungen; 3) einen Ausgleich von indirecten Steuern und einer möglichen Progressivsteuer; 4) Staatsbetrieb. Das ist doch kein socialistisches Programm im Sinne der Socialdemokraten. Die jüdische Frage hatte ich in meinen Versammlungen kaum erwähnt. Sie ist mir aufgezwängt worden durch das Verfahren der Presse und zuletzt durch das des Herrn Straßmann. Die jüdische Presse hat keine Schen, keine Scham vor irgend etwas, was uns Christen heilig ist. (Sehr wahr!) Man kann sich wohl nichts Unschöneres denken, als Versammlungen von Geistlichen, die in Freundschaft und Harmonie zusammenkommen. Diese Versammlungen sind immer beschimpft worden. Von einer Missionsversammlung dies es, es sei eine Versammlung himmlischer Kaffersänger. Das sagt man von Männern, die mit Helmenmuth das Christenthum verbreiten! Bezüglich der Augustconferenz hieß es: „Erasez l'infame! Weg mit dem Raupengezucht!“ Wo ist da die Ordnung, wo die Unordnung? Auch die Generalynode ist auch als Traurigkeit beschimpft worden; es hieß sogar, als

die Mitglieder das Herrenhaus verließen, „man müsse den Saal nun erst desinficiren!“ (Abg. Birkow lacht.) Es thut mir leid, daß Sie darüber lachen können, Herr Abgeordneter! (Beifall rechts.)

Die Frankf. Ztg. bespricht einst das Ueberhandnehmen der Selbstmorde und kam zu dem Schlusse, daß dies in dem Christenthum und dem Militarwesen seinen Grund habe. Trotz dieses Charakters der Presse habe ich das Judenthum niemals angegriffen, sondern ich habe erst auf einen Vorfall reagirt, den ich als Geisteskrank nicht vorübergehen lassen konnte. Es war dies das verhängnißvolle Wort Straßmanns von den „Regerichtern, welche lieber die Andersgläubigen verbrennen möchten und den Wibern, welche die Zungen der Orthodorie seien.“ Herr Straßmann kennt unsere sogenannte Orthodorie nicht. Ich habe kein höheres Ideal für meine kirchlichen Anschauungen, als die Freiheit, die er mir abspricht. Freilich kann ich nicht wünschen, daß Leute, welche mit dem Bekenntnis der Kirche nicht einverstanden sind, in der Kirche ihre Stellung dazu gebrauchen, das Glaubensbekenntnis anzugreifen. Ich muß auch einem jüdischen Mitbürger das Recht absprechen, sich in Wahlversammlungen in unsere Angelegenheiten einzumischen. (Sehr richtig!) Ich hielt es gleichsam für meine Amtspflicht, das, was in der Volksversammlung gesagt war, in der Volksversammlung zu widerlegen. Seitdem habe ich Versammlungen abgehalten, in denen ich die Judenfrage behandelt habe und zwar sehr milde. (Widerspruch links. Rufe rechts: Ruhe dort in der Winderheit!) Wenn ich dort unseren jüdischen Mitbürgern die Mahnung zurief, ein klein wenig bescheidener zu sein, etwas mehr sociale Gleichheit walten zu lassen; ist denn das eine Verübung gewesen an der Majestät des Judenthums? (Seiterlei rechts.) Noch nie in meinem Leben haben sich soviel Israeliten an mich gewandt, um Unterricht im Christenthum zu erhalten, wie in diesem Monat. Das Christenthum muß durchdringen mit der siegreichen Gewalt des Geistes!

Die vorliegende Frage ist keine wissenschaftliche, wie gesagt ist, sondern eine Frage der praktischen Gesetzgebung; und da wir im öffentlichen Leben stehen, da unsere gesetzgeberische Organisation auf dem allgemeinen Stimmentrecht ruht, so ist es ganz unmöglich, eine solche Frage von der öffentlichen Discussion auszuschließen. Etwas beruhigend war es mir, daß die beiden Herren, welche die Volksversammlungen verurtheilt haben, Minister waren. Ich kann mir denken, daß Männer, die auf der Spitze der Macht standen, der Volksbewegung nicht wohlgefallen gegenüber stehen. Aber wie wollen Sie an das Volk kommen, wenn Sie nicht in das Volk hineingehen? Ich habe einfach die christlich-socialen Anschauungen in das Volk hineingerufen, das ich so liebe! Während man Anfangs die Bewegung verspottete, betrachtete man sie jetzt sehr ernsthaft, seitdem in einzelnen Wahlbezirken der Abg. Straßmann unterlegen ist. Das war der Anfang eines Sturmes der Entrüstung, welche ich nicht begreife. Wenn es sich darum handelt, daß der große Begründer unserer Einheit, der Fürst Reichsgraf, seine mühselige Stellung aufgeben würde, dann hieß es nicht bloß, er könne gehen, sondern er müsse gehen. Wenn dagegen der Stadtverordnetenvorsteher in einem Wahlbezirk durchfällt, dann thut man, als ob ganz Berlin einfielen! (Sehr richtig! rechts.) Die Petition wird von verschiedenen Seiten ungünstig beurtheilt. (Rufe links: „Haben Sie sie unterschrieben?“) Nein! (Rufe links: „Hier steht es aber!“) Ich werde Ihnen meine Beziehungen zu der Petition genau vortragen. Ich bin bei der Beratung derselben zugezogen worden. Ich wünsche insbesondere eine statistische Aufnahme über die Bezugsweise der Juden und bitte den Herrn Minister, wenn irgend möglich, bei der nächsten Volkszählung eine solche anstellen zu lassen. Wir werden dann das Material vor Augen haben, das uns zu einer förderlichen Behandlung der Frage führen kann.

Die Petition war indessen eine Nothwendigkeit, weil sie das praktische Ziel unserer Agitation enthält. Ich habe sie willkommen geheißen als den Anhaltspunkt für die zukünftige Behandlung der Frage. Sie bezweckt keineswegs die Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden, der erste Punkt gewiß nicht. Von einer Massenemigration ist gar nicht die Rede. Ich bemerke, daß ich die Petition allerdings nachträglich unterzeichnet habe. Der zweite Punkt sagt nicht, daß die Juden von obrigkeitlichen Aemtern überhaupt, sondern nur von autoritativen fern gehalten werden sollen. Ich glaube, man wird es mir in der That als wünschenswerth zugeben, daß in solchen Stellungen, bei welchen der Einzelne zugleich der persönliche Träger der ganzen obrigkeitlichen Gewalt ist, sich ein Mann befinden muß, der mit dem gesammten Leben der Nation in Harmonie steht. Dies gilt namentlich von der Stellung des Einzelrichters. Wir sind Fälle bekannt, wo ein Einzelrichter Jude war, die beiden Schöffen gleichfalls. Das ist in der That kein wünschenswerther Standpunkt. Es kommt vor, daß Christen vor einem jüdischen Richter nicht schwören wollen; das Richteramt beruht doch auf dem Vertrauen des Volkes, wie jedes obrigkeitliche. Wie stark der Einfluß des jüdischen Elements in der Justicarräre ist, sehen Sie daran, daß unter den 150 Referendaren beim Amtsgericht I in Berlin sich 43 Juden befinden. Der dritte Punkt der Petition bildet eine beständige conservative Forderung. Wir ist ein Fall bekannt, daß ein jüdischer Simultanlehrer neben seinem Amte das Geschäft der Heirathsvermittlung betrieb, und der, als ihn die Schulbehörde auf das Unpassende seiner Nebenbeschäftigung hinwies, erklärte, nach jüdischen Begriffen sei das keineswegs unpassend.

Dieser Vorfall zeigt, wie tief verschiedene die Anschauungen der Juden von den unserigen sind. Die jüdische Literatur weist nicht eine Anerkennung des Christenthums, sondern nur scharfe Abweigungen desselben, und andererseits Verherrlichungen des Judenthums auf. Es ist gesagt worden, daß man den Juden mit Unrecht eine besondere Nationalität zuschreibe. Ein Dr. Kaufmann schreibt ja selbst: Das Judenthum von heute ist im Erwachen und Erstarken seines nationalen Bewusstseins begriffen. Und wenn Cremieux sagt, die Alliance israelite solle ein neues Reich gründen, so paßt das doch nicht recht für einen Wohlthätigkeitsverein. Der Verteidiger des Judenthums in Dänemark, Dr. Brandes, kann weiter nichts thun, als die christliche Cultur in den Staub zu ziehen. (Widerspruch: Es ist kein Jude! Er ist Atheist! — Schadt nichts!) Der Jude wird verbrannt! Führen Sie doch nicht immer das Vermächtnis Lessings an; ein literarisches Ereignis, welches 100 Jahre alt ist, paßt nicht für unsere politischen Verhältnisse. Der Nathan im Leistungsschauspiele ist kein Jude, der Christ kein Christ, der Muhammedaner kein Muhammedaner; der Jude Nathan ist ein Christ! (Seiterlei links. Rufe: Und Stöder ist ein Jude!) Mommsen hat die Juden ein Element der nationalen Decomposition genannt; man kann doch nicht sagen, daß sie jetzt treu zusammen gehen werden mit dem deutschen Stamme? In der Erklärung der Natabeln wird von dem gleichen Recht und der gleichen Sinne gesprochen. Wir verlangen weiter nichts; wir fordern auch nur gleiches Recht für unsere christlichen Bestrebungen.

Der Abg. Richter hat nun mit Lebensschafflichkeit den Wpibus wieder vorgetragen, daß die Leute, welche in den Schwindeljahren sich an den Gründungen betheiligten, auf der conservativen Seite gesehen. Mich hat dies indignirt. Es ist diese Debatte eine Abrechnung für die Unwahrheit, welche damals geübt wurde; der vierte Theil Derjenigen, welche die Erklärung unterschrieben haben, haben sich damals an jenem Herentanze um das goldene Kalb betheiligt. (Eckhafter Widerspruch. Rufe: Namen! Namen!) Die werde ich Ihnen in den Zeitungen nennen. (Rufe: Nein hier! sofort!) Die weitgetriebene jüdische Conferenz drückt die Lehne herab, das wird auch in der Concordia anerkannt, für welche auch der fortschrittliche Arbeiterführer Dr. Marx Hirsch schreibt. (Widerspruch.) Die sociale Frage ist auch wesentlich eine Lohnfrage; die sollte man nicht noch verschärfen. Der Drud, welchen das Judenthum auf Grundbesitz, Handel und Gewerbe ausübt, ist einer der Gründe der Verschärfung der socialen Fragen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind gewiß geneigt der Minorität das Privilegium der lieblichsten, freundlichsten Behandlung zuzugestehen, aber nur wenn sie gegen die Mehrheit mit der richtigen Bescheidenheit auftritt. Wer Wind sät, wird Sturm ernten und wenn der Sturm kommen sollte, ist es nicht die Minorität, welche ihn aushalten muß, sondern die große Masse der Nation. Als in Berlin eine Leiche gefunden wurde, da erschienen ein jüdischer Kreisphysikus, ein jüdischer Amtsrichter und ein jüdischer Referendar, nur die Leiche war deutsch. (Seiterlei.) Wir wünschen nicht, daß dieses das Schicksal der Stadt Berlin werden möchte. Wir wollen unser Volk lebendig erhalten im kirchlichen Leben. (Rufe: Lassen Sie sich begraben! Beifall rechts.)

Abg. Löwe (Berlin): Ich hatte nicht die Absicht, in diese Debatte einzugreifen, Viele von Ihnen werden mir den Grund dazu nachsählen. Der Verlauf der Debatte am Sonnabend und die Erklärung der königlichen Staatsregierung hätte uns auch nicht mehr zur Beilegung an der Debatte veranlaßt, denn von allen Seiten wurde in Abrede gestellt, daß man an eine Verklärung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden denke. Nun hat aber der Vortrager durch seine Ausführungen jeden unbesangenen Berliner gezwungen, das Wort zu ergreifen. Wenn Alles wahr wäre, was Herr Stöder gesagt hat (Ob! rechts), so hätten Sie ein Recht, ihm Ihre Sympathien zuzuwenden. Es ist ja von der Bewegung ganz geschickt, sich mit dem conservativen Schilde zu decken, und ich kann mir recht gut denken, daß sie (nach rechts) durch eine oder die andere Empfindung aus dem bürgerlichen Leben verletzt worden sind, und daß Sie inständig einer solchen Bewegung sich anschließen. Diese Gemüthsseite ist heute wieder vom Vortrager mißbraucht worden, und ich muß nachweisen, daß er falsche Thatfachen angeführt hat. Durch den stenographischen Bericht ist die Ablehnung

der Unterschrift unter die Petition durch Herrn Stöder so festgestellt und festgenagelt worden, daß daran nicht gedankt werden kann. (Widerspruch rechts.) Herr Stöder hat auf Zwischenrufe von der linken Seite her entschieden „Nein“ geantwortet, und hat erst, als wir ihm sein eigenes Organ vorlegten, die Unterschrift zugegeben. (Anruhe rechts.) Als zweites Argument hat Herr Stöder den jüdischen Einfluß auf die Communalangelegenheiten ins Feld geführt und auf den Stadtverordneten Horwiz exemplificirt, Er hätte die Pflicht gehabt, sich der Wahrheit seiner Angriffe zu verschern. Der Stadtverordnete Horwiz ist aber ein Christ. Dann hat Herr Stöder, um seine Position zu stärken, behauptet, daß ein Angriff gegen das Christenthum, den er verlesen hat, von einem Juden geschrieben sei und hat als solchen den Dr. Schleiden bezeichnet. Ich constatire, daß Dr. Schleiden nie ein Jude gewesen ist. (Hört! hört! links.)

Ferner hat Herr Stöder behauptet, der Stadtverordnete Hermes sei unser Colleague. (Präsident v. Köller constatirt, daß der Abgeordnete Stöder seinen Irrthum, der nur auf einer Verwechslung beruhte, selbst corrigirt habe.) Abg. Löwe fährt fort: Ich gebe zu, daß der Abg. Stöder sich genau so nachträglich corrigirt hat in Bezug auf den Stadtverordneten, wie er es gethan hat mit Bezug auf seine ursprüngliche Ablehnung der Unterschrift unter die Petition. Auch der dänische Abg. Brandes ist kein Jude, wie Herr Stöder behauptet hat. Dann hat Herr Stöder, um seine Kampfmittel zu vermehren, ein Organ für judenfreundlich erklärt, weil Dr. Hirsch daran arbeite. Ich constatire, daß dieses Organ zu dem Verein gehört, der unter der Führung und dem Patronat des Feldmarschalls von Moltke steht. (Hört! links.) Wer kann er erwarten, daß man den Worten eines Mannes Glauben schenkt, der mit solchen Kampfmitteln zu wirken sucht. Herr Stöder ändert seine Erklärungen allerdings nach Ort und Publikum, wie aus seinen Reden und Schriften hervorgeht. In einer Pastorenconferenz constatirt derselbe, daß die Judenfrage keine Rassenfrage sei, da sie sonst mit Mord und Todtschlag enden müßte, und in einer seiner Broschüren schreibt er: „auf diesem Boden des Kampfes steht Race gegen Race.“ Seht das nicht in indirecter Weise zu Mord und Todtschlag aufordern? Ich kann Sie nur warnen, spielen Sie nicht mit dem Feuer, heute sind es die Juden, denen man an den Leib will, ein anderes Mal andere Klassen, die nicht zu diesem Bekenntnis gehören. Heute sind es nur deshalb die Juden, weil man in ihnen den Liberalismus treffen will. Sie werfen den Juden vor, daß sie nicht auf der Höhe der Cultur stehen. Vergessen Sie denn, wie das Leben des jüdischen Volkes sich entwickelt hat, daß es bis in dieses Jahrhundert vom Grunde her, vom Ackerbau ausgeschlossen war. Sie durften kein Handwerk treiben, weil die Jüdische dies für unerträglich hielten. Die Juden waren ja gezwungen, wie einer ihrer Vorkämpfer sagt, gezwungen, mit alten Kleidern zu handeln. Jetzt wollen Sie sie niedertreten, weil sie es noch thun.

Wie sehr ist es den Juden erschwert worden, nach der Emancipation sich zu assimiliren durch derartige Kräfte, wie sie Herr Stöder wieder nachgerufen hat. Was thun Sie in dem Augenblick, wo wir uns der schmerzlichen Aufgabe unterziehen, eine Verschmelzung und ein Ineinanderverleben herbeizuführen? Sie lassen die andersgläubigen Elemente gegen uns los; deshalb die Versammlungen des Herrn Stöder, in denen er seiner Mission nachgeht. Was er in Bezug auf die Versammlungen gesagt hat, steht ebenso zur Wahrheit wie seine anderen Behauptungen. (Ob! links.) Warum werden die Versammlungen Stöder's nicht nach den gehaltenen Brandreden geschlossen? Weil er sie selbst sofort schließt. Ist es denn eine Kunst, auch einen Juden zu finden, der in einer solchen Versammlung dem mächtigen Hopsprenger sich zur Disposition stellt, um ihm ein Attest auszustellen, daß es sehr schön zugegangen sei. Einige dieser Herren mögen es ja aus guter Ueberzeugung thun, einer derselben ist aber bald darauf zu einer jüdischen Redaction gekommen und hat gebeten, einen Artikel aus der Prekschau aufzunehmen. Das ist derselbe Mann, der Herrn Stöder das Zeugniß ausgestellt hat. Herr v. Heydebrand, der sonst in einer sehr gemäßigten Weise gesprochen hat, hält die alliance israelite für eine Verschönerung der Juden der ganzen Welt. Diese Alliance ist aber lediglich nach dem Vorbild der evangelischen Alliance gebildet und hat nur den Zweck, unsere Glaubensgenossen im Orient, die noch im tiefsten Schmutz leben, wie auch tausende Ihrer Glaubensgenossen dort, aus dem thierischen Leben in ein besseres, intelligenteres überzuführen.

Unser Generalkonsul in Marocco hat ausdrücklich anerkannt, daß die von der Alliance Israelite unterhaltenen Schulen vorzüglich seien, daß z. B. in Tanger die Kinder unserer christlichen Beamten diese Schulen besuchen. Wollen die Juden sich aus dem Sumpf herausarbeiten, in denen sie durch die Politik voriger Jahrhunderte gekommen sind, so machen Sie ihnen den Vorwurf, daß sie sich überheben. Sie wünschen, daß das jüdische Volk im Sumpfe bleibe, damit Sie sich mit Recht zu ihren Richtern aufwerfen können. Ganz neu ist, daß Herr Stöder heute sogar von jüdischer Industrie spricht. Also auch die Pflege der vaterländischen Industrie wird den Juden als Hochverrath vorgeworfen. Ich protestire dagegen, daß Herr Stöder im Namen der deutschen Nation irgend eine Forderung ausgesprochen hat, die deutsche Nation steht auf einem höheren idealeren Standpunkte. Die Interpellation ist uns erwünscht, denn sie hat zur Klärung der Verhältnisse sehr viel beigetragen, und das deutsche Volk weiß ja, wo die Feinde und Freunde seiner Cultur sitzen. In der ganzen Bewegung giebt es einen einzigen festen Punkt, die Haltung der Regierung, den mußten die Liberalen suchen. — Ehe die Regierung in der Lage war, zu erklären, daß sie derartige Bestrebungen zurückweise, ging eine Verhöhnung durch unser Land; — seit vorgestern ist die Sache erklärt. Daß die Mauern unserer Verfassung nicht umgestürzt werden, dafür bürgt uns die feste Erklärung der Regierung. Darauf bauen Alle, die im Interesse unseres Volksmenschen den Juden auf Grund der Verfassung gleiche Rechte gewähren wollen. Dann wird ein ganz anderer Wohlstand erblühen, als wenn solche Tendenzen wieder zur Geltung kommen, die unter dem Deckmantel der Nächstenliebe sich zu verdecken sucht. Von heute ab werden Sie anerkennen müssen, daß wir Gleichberechtigung mit Ihnen haben, und daß Sie mit derartigen Petitionen, wie sie Herr Stöder in Scene gesetzt hat, nichts erreichen, und daß dadurch nur der Veruch gemacht wird, unser Vaterland in das vorige Jahrhundert zurückdrängen. (Beifall links.)

Ein Antrag auf Schluß der Verhandlung wird von den Conservativen und dem Centrum abgelehnt.

(Schluß folgt in der Morgen-Ausgabe.)

Handel, Industrie etc.

Breslau, 23. Nobbr., 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei ausreichendem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten preisballend, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,00 bis 21,40—22,20 Mark, gelber 18,40—20,50 bis 21,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Stimmung, per 100 Kilogr. 20,20 bis 20,80 bis 21,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 15,60—16,60 Mark, weiß, 17,00 bis 17,80 Mark.

Hafer, feine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. 13,20—14,00—14,60 bis 15,40 Mark, feinstes über Notiz bezahlt.

Mais in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 14,40—15,00—15,30 Mark. Erbsen stärker angeboten, per 100 Kgr. 17,50—19,00—20,50 Mark, Victoria 21,00—22,50—24,00 Mark.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 19,50—20,50—21,50 Mark. Widen behauptet, per 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark. Lupinen sehr fest, per 100 Kilogr. gelbe 9,40—9,60—10,00 Mark, blaue 9,30—9,50—9,80 Mark.

Delsaaten preisballend.

Schlacklein nur feine Qualität behauptet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

| | | | | | | |
|-----------------|----|----|----|----|----|----|
| Schlag-Reinfaat | 26 | — | 24 | 50 | 23 | — |
| Winterraps | 24 | 50 | 23 | 75 | 22 | 50 |
| Winterrüben | 23 | 75 | 23 | — | 22 | — |
| Sommerrüben | 23 | 75 | 23 | — | 22 | — |
| Leinbutter | 22 | 50 | 21 | 75 | 21 | — |

Rapskuchen gut behauptet, 50 Kilogr. 7,00—7,30 Mark, fremde 6,50 bis 7,00 Mark.

Leinölen unbenannt, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Kleejamen gute Kaufkraft, rother preisballend, per 50 Kilogr. 32—35 bis 38—42 Mark, hochfeiner aber Notiz, weißer sehr fest, 42—50—58—72 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannentlee nominell, per 50 Kilogr. 40—45—52 Mark.

Thymothee behauptet, per 50 Kilogr. 19—22—23,50 Mark.

Mehl in matter Stimmung, per 100 Kilogr. Weizen feinst 30,50—31,50 Mark, Roggen feinst 32,25—33,00 Mark, Sausbuden 31,00—32,00 Mark. Roggen-Zuttermehl 11,25—12,25 Mark. Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,50—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—24,00 Mark per Schoß à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 22. November 1880.

Fonds- und Geld-Cours.

Table listing various financial instruments and their prices, including Deutsche Reichs-Anleihe, Consolidirte Anleihe, Staats-Anleihe, etc.

Wechsel-Cours.

Table listing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, Paris, etc.

Table listing exchange rates for currencies like Dollar, Ost. Bkn., Napoleon, etc.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Table listing stock prices for various railway companies, including Aachen-Maastricht, Berlin-Anhalt, etc.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Table listing stock prices for railway priority stocks, including Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, etc.

Bank-Papier.

Table listing bank paper prices, including Allg. Deut. Hand., Berl. Kassen-V., etc.

Industrie-Papier.

Table listing industrial paper prices, including Bismarckhütte, Dortmund, etc.

Frankfurt a. M., 22. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course]. Londoner Wechsel 20, 365, Pariser Wechsel 100, 55. Wiener Wechsel 172, 10. Köln-Mindener Stamm-Actien 147 1/2.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 244 1/2. Franzosen 240 1/2. Galizier 100. Lombarden 119. Ungar. Goldrente 1880er 119.

Hamburg, 22. Nov., Nachmittags. [Schluss-Course]. Preuss. 4proc. Conso 100 1/2. Hamburg St.-R. 124 1/2. Silberrente 62 1/2.

Paris, 22. Nov., Nachmittags. [Producentenmarkt]. Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig.

Liverpool, 22. Nov., Vormittags. [Baumwolle]. (Anfangsbericht). Nutzmahliger Umsatz 12,000 Ballen. Sich bessernd, auf Zeit beliebt.

Paris, 22. Nov., Nachmittags. [Producentenmarkt]. (Schlussbericht). Weizen steigend, per November 30, 00, per December 29, 40.

London, 22. Nov., Nachm. Sabannagazer Nr. 12 23/4. Stetig. Antwerpen, 22. Nov., Nachm. [Getreidemarkt]. (Schlussbericht). Weizen still. Roggen fest. Hafer behauptet.

Bremen, 22. Nov., Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlussbericht). Standard white loco 9, 65 Br., per Decbr. 9, 65 Br.

Berlin, 22. Nov. [Börse]. Die feste Haltung, welche die Sonnabend-börse zeigte, hat sich auf die begonnene Woche nicht übertragen.

London, 22. Nov. Der deutsch-conservative Parteilag wählte Brandis zum Präsidenten und Chorinsky und Riccabona zu Vizepräsidenten.

Paris, 22. Nov. Die Kammer nahm das Gesetz betreffs Reform des Richterstandes im Ganzen an. Morgen erfolgt die Beratung des Berichtes Lefauré's.

London, 22. Nov. Dem Vernehmen nach erhielt der Botschafter in Berlin, Russell, die Pairwürde.

Petersburg, 22. Nov. Der Thronfolger ist mit Familie heute hierher zurückgekehrt.

Konstantinopel, 22. Nov. Eine Depesche Derwisch Paschas zeigt der Pforte an, er werde heute mit vier Bataillonen in Dulcigno einmarschiren.

Literarisches. Praktisches Pilzbuch für Jedermann. Von Paul Kummer. Mit 3 lithogr. Tafeln und 18 Holzschnitten.

Costümgeschichte der Culturvölker von Jakob v. Falke. Stuttgart, Verlag von W. Eymann.

Die Gese von Wroslawa. Roman von Ernst Baldow. (Zena, Hermann Costenoble.) Eine eigenthümliche Mischung von Romanik und Realismus.

in gebräuchlicher Haltung. Man mußte sich schlechteren Geboten fügen, um verkaufen zu können.

Paris, 22. Nov., Nachmittags. [Producentenmarkt]. (Schlussbericht). Weizen steigend, per November 30, 00, per December 29, 40.

London, 22. Nov., Nachm. Sabannagazer Nr. 12 23/4. Stetig. Antwerpen, 22. Nov., Nachm. [Getreidemarkt]. (Schlussbericht). Weizen still.

Bremen, 22. Nov., Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlussbericht). Standard white loco 9, 65 Br., per Decbr. 9, 65 Br.

Berlin, 22. Nov. [Börse]. Die feste Haltung, welche die Sonnabend-börse zeigte, hat sich auf die begonnene Woche nicht übertragen.

London, 22. Nov. Der deutsch-conservative Parteilag wählte Brandis zum Präsidenten und Chorinsky und Riccabona zu Vizepräsidenten.

Paris, 22. Nov. Die Kammer nahm das Gesetz betreffs Reform des Richterstandes im Ganzen an.

London, 22. Nov. Dem Vernehmen nach erhielt der Botschafter in Berlin, Russell, die Pairwürde.

Petersburg, 22. Nov. Der Thronfolger ist mit Familie heute hierher zurückgekehrt.

Konstantinopel, 22. Nov. Eine Depesche Derwisch Paschas zeigt der Pforte an, er werde heute mit vier Bataillonen in Dulcigno einmarschiren.

Literarisches. Praktisches Pilzbuch für Jedermann. Von Paul Kummer.

Costümgeschichte der Culturvölker von Jakob v. Falke. Stuttgart, Verlag von W. Eymann.

Die Gese von Wroslawa. Roman von Ernst Baldow. (Zena, Hermann Costenoble.)

Die Gese von Wroslawa. Roman von Ernst Baldow. (Zena, Hermann Costenoble.)

Die Gese von Wroslawa. Roman von Ernst Baldow. (Zena, Hermann Costenoble.)

Die Gese von Wroslawa. Roman von Ernst Baldow. (Zena, Hermann Costenoble.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. (W. L. B.) Paris, 22. Nov., Abends. [Wulfsbarb.] 3% Rente.